



Kinder und Jugendrechte in den Landtagswahlen in Hessen 2023

Zum Thema Armut und Chancengleichheit:

Frage 5:

Armut hat Auswirkungen darauf, wie junge Menschen aufwachsen und welche Entwicklungsmöglichkeiten sie in ihrer Kindheit und Jugend haben. Laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahr 2023 über Kinderarmut in Deutschland liegt die Armutsgefährdungsquote von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren in Hessen bei 24,4%, d.h. jedes vierte minderjährige Kind ist betroffen. Welche notwendigen Reformen gegen Kinderarmut schlagen Sie vor und welche Maßnahmen für von Armut betroffene und armutsgefährdete junge Menschen werden Sie zeitnah umsetzen?

Antwort CDU:

Die CDU Hessen steht für gleiche Chancen und beste Rahmenbedingungen für jedes Kind. Kein Kind soll in Sorge vor Armut oder mit durch Armut verursachte Entbehrungen aufwachsen müssen. Es ist eine zentrale Aufgabe der gesamten Gesellschaft, jede Familie in die Lage zu versetzen, Kindern bestmögliche Chancen zu eröffnen. Dieses Ziel ist leider trotz vielfältiger Maßnahmen auch in Hessen noch nicht vollständig erreicht.

Wir sagen der Kinderarmut deshalb weiter den Kampf an. Es gibt dabei nicht den einen Lösungsansatz. Die Herausforderungen sind vielfältig und bedürfen vielfältiger und individueller Lösungen.

Um verschiedene Handlungsstränge zu bündeln und zu koordinieren, werden wir ein eigenes Programm zum "Kampf gegen Kinderarmut" auflegen; vor allem, falls der Bund in diesem Bereich die angekündigten Antworten weiter schuldig bleibt. Die angekündigte Kindergrundsicherung auf Bundesebene wird diesem Anspruch nicht gerecht, auch wenn wir Teile der Vorschläge unterstützen.

Wesentliche Bausteine unserer ergänzenden Maßnahmen in Hessen sind dabei:

- Der vor einigen Jahren durch eine CDU-geführte Bundesregierung im Rahmen des umfassenden Bildungs- und Teilhabepakets eingeführte Kinderzuschlag hat wichtige Chancen und Zugänge für viele Kinder aus einkommensschwachen Familien eröffnet. Allerdings sind der Zugang und die bürokratischen Hürden offensichtlich für viele Familien weiterhin ein Problem, so dass die finanziellen Leistungsangebote die Kinder nicht im



erforderlichen Umfang erreichen. Insbesondere erwarten wir daher, dass die Bundesregierung bedürftigen Kindern durch Bündelung und Vereinfachungen einen leichteren Zugang zu Förder- und Unterstützungsangeboten verschafft, damit sich jedes Kind sorgenfrei entwickeln und an unserer Gesellschaft teilhaben kann.

- Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende auf 5.000 Euro zu erhöhen und die Kinderbetreuungskosten bis zu 6000 Euro steuerlich absetzbar zu machen.
- In Hessen wollen wir diese Maßnahmen zusätzlich flankieren und erweitern, um gleiche Startchancen für jedes Kind zu schaffen. Dazu schaffen wir zusätzliche Angebote für Kinder, die ihnen eine umfassende Teilhabe ermöglichen sollen. Mit dem Schülerticket haben wir den ÖPNV allen Schülerinnen und Schülern preiswert zugänglich gemacht. Wir setzen uns dafür ein, dieses Ticket gemeinsam mit den Schulträgern zu einem vollständig kostenlosen Schüler-Ticket für alle Kinder weiterzuentwickeln.
- Wir wollen außerdem Kinder in die Sportvereine bringen und auch dabei finanzielle Hürden abbauen. Mit einem Programm „Kinder in den Sportverein („KidS“) wollen wir für jedes Kind in Hessen die Mitgliedschaft in einem selbst gewählten hessischen Sportverein in den ersten zwei Jahren übernehmen. In landeseigenen Kultureinrichtungen wollen wir Eintrittsgelder für Kinder unter 6 Jahren vollständig abschaffen und für alle Familien preisgünstige Familientickets ohne Begrenzung der Kinderzahl einführen.
- Zusätzlich werden wir durch die Erhöhung des bundesweit einmaligen hessischen Sozialbudgets und die Weiterentwicklung zu einem Fond „Hessen steht zusammen“ Angebote für Familien wie die Familienzentren oder die Familienkarte weiter ausbauen. So schaffen wir dezentrale, passgenaue Beratungs- und Unterstützungsangebote für Kinder und Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf.
- Darüber hinaus werden wir auch weiterhin die Kommunen mit dem Landesprogramm „Präventionsketten in Hessen“ dabei unterstützen, ganzheitliche und vor allem passgenaue Präventionskonzepte für Kinder und Familien zu entwickeln.
- Kindereichtum darf nicht zu einem Armutsrisiko werden. Wir wollen daher kinderreiche Familien als eigenständige Zielgruppe familienpolitischer Maßnahmen verstärkt berücksichtigen. Insbesondere wollen wir, dass familienpolitische Leistungen stärker als bisher in ihrer Höhe nach der Kinderzahl gestaffelt werden. Dazu gehört aus unserer Sicht auch das Wohngeld.

Zentral für die Bekämpfung von Kinderarmut ist für uns neben den genannten direkten finanziellen Unterstützungsangeboten das Ziel, Eltern in Arbeit zu bringen. Ein guter und verlässlicher Arbeitsplatz ist und bleibt die beste Versicherung gegen Armutsrisiken. Wir treiben daher die Agenda „Kein Kind – Für Eltern in Arbeit“ voran. Wir richten unsere Arbeitsmarktprogramme am Ziel aus, Eltern ohne Arbeit gezielt zu fördern und den Einstieg in Arbeit zu erleichtern. Das Land führt dazu zahlreiche strukturelle Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration durch, schafft Bildungs- und Ausbildungsangebote und setzt



Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf um. Die Anrechnung von Gehältern auf Sozialleistungen muss so angepasst werden, dass echte Anreize für Beschäftigung bestehen, damit ggf. auch durch eine Kombination von Bürgergeld und Aufstockung ein armutsfestes Leben und gute Chancen für die Kinder gesichert werden.

Dazu gehört natürlich auch ein gutes und verlässliches Angebot der Kinderbetreuung. Mit dem Ausbau der Betreuungsangebote schaffen wir nicht nur die Grundlage für die Erwerbstätigkeit der Eltern, sondern betreiben auch Armutsprävention. Nur durch ein qualitativ hochwertiges und individuell passgenaues Betreuungsangebot können Eltern erfolgreich in Arbeit vermittelt und damit Familien aus finanziell herausfordernden Situationen herausgeholfen werden.

Der Besuch von guten Bildungseinrichtungen ist zudem wesentlicher Beitrag für die Chancengleichheit. Langfristig sind die gute Bildung und Ausbildung unserer Kinder ein wesentlicher Schlüssel für den Erhalt unseres Wohlstandes. Wir werden daher in der vorschulischen Betreuung die Kommunen unter anderem mit einem weiteren Investitionsprogramm und einer umfassenden Fachkräfteoffensive dabei unterstützen, diese passgenauen Angebote sicherzustellen. Für Kinder im schulpflichtigen Alter setzen wir im Rahmen unseres differenzierten Chancenschulsystems auf den weiteren Ausbau pädagogisch und qualitativ hochwertiger ganztägiger Angebote mit klar definierten Standards. Ganztags heißt für uns: Individuelle Förderung, Stärkung der Gesundheit sowie Hausaufgabenbegleitung und Lernzeiten mit professioneller Unterstützung in der Schule

Auf diesem Weg wollen wir allen Kindern gleiche Chancen eröffnen und passgenaue Angebote machen. Inklusion und Integration denken wir dabei immer vom Kind her. Wir betrachten jedes Kind individuell und lehnen deshalb eine Einheitslösung für alle ab. Wir stehen daher auch ausdrücklich zum Erhalt der Förderschulen, die Kindern mit Behinderungen geschützte Räume, sehr kleine Klassen, optimale Förderung, gesicherte Übergänge in den Beruf und Lebensalltag sowie hohe Fachlichkeit durch qualitativ bestens ausgebildete Lehrkräfte bieten können.

Antwort BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Immer wieder sind Eltern für ihre Kinder auf Bürgergeld angewiesen. Wir wollen diese Familien unterstützen und vermeiden, dass sich Armut in der Folgegeneration fortsetzt, damit Chancen nicht schon in jungen Jahren verbaut werden. Deshalb setzen wir einen besonderen Schwerpunkt auf die Bekämpfung der Armut von Kindern und wollen erreichen, dass alle Jugendlichen eine gute Bildung erhalten und anschließend einen Weg in das Arbeitsleben finden können. Kein junger Mensch soll zwischen Schule und Arbeitswelt verloren gehen oder jahrelang Warteschleifen durchlaufen, die sie oder ihn letztlich nicht weiterbringen. Auch Werkschulen können eine Brücke in das Berufsleben bauen.



Wir wollen den Landessozialbericht zu einem Armuts-, Reichtums- und Handlungsbericht weiterentwickeln und konkrete Maßnahmen in einem Aktionsplan zur nachhaltigen Bekämpfung von (Kinder)Armut bündeln. In der Einführung der Kindergrundsicherung sowie des Bürgergeldes auf Bundesebene sehen wir große Entlastungen für Familien. Wir unterstützen Eltern und Kinder in Hessen zum Beispiel mit über 200 Familienzentren, dem Schüler-Ticket oder dem Hessenpass mobil für Menschen mit geringem Einkommen. Außerdem wollen wir einen Hessenpass Kultur auflegen, welcher Familien mit geringem Einkommen vergünstigten Eintritt ins Museum, Kino oder andere kulturelle Einrichtungen ermöglicht. Wir haben außerdem die Förderung des Verbands Alleinerziehender Mütter und Väter institutionalisiert. Mit einem Vor-Ort-Programm für Alleinerziehende wollen wir einen Pool an Betreuungsmöglichkeiten in den Randzeiten aufbauen.

Antwort SPD:

Die Armutsquote liegt in Hessen über dem Bundesdurchschnitt. Allein 45 Prozent der Alleinerziehenden sind von Armut betroffen. Armut ist ein gesellschaftlicher Skandal, den wir nicht länger hinnehmen werden. Kein Kind darf in Deutschland in Armut aufwachsen. Jedes Kind soll die besten Chancen für sein späteres Leben bekommen, unabhängig von seiner Herkunft. Wir werden den Armuts- und Reichtumsbericht wiedereinführen, um die besondere Ungleichheit in Hessen sichtbar zu machen und notwendige Maßnahmen abzuleiten.

Wir werden Armut altersübergreifend bekämpfen und innerhalb der nächsten fünf Jahre gemeinsam mit Bund und Kommunen zunächst halbieren. Wir müssen dafür frühzeitig und präventiv ansetzen. Mit einem ressortübergreifenden Aktionsplan gegen Armut werden wir vorbeugende Maßnahmen ergreifen. Ziel ist es, Strukturen und Angebote zu gewährleisten, die Armut, Armutsfolgen und Armutswirkungen beseitigen und soziale Teilhabe für alle ermöglichen. In der hessischen Landesregierung werden wir die Einführung einer Kindergrundsicherung unterstützen. Mit der Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderzuschlags sowie der nun anstehenden Einführung der Kindergrundsicherung sorgen wir im Bund für eine Entlastung der Familien. Auf Landesebene sehen wir insbesondere die Kitas und Schulen als einen grundlegenden Teil für Chancengleichheit und Gerechtigkeit an. Hier werden wir ansetzen und die Prävention von Kindern und Jugendlichen vor Armut deutlich verstärken.

Hessen muss endlich mehr Mittel bereitstellen, um den sozialen Wohnungsbau auszuweiten und gebührenfreie Bildung in Kitas und Krippen zu ermöglichen. Die Unterstützung des Landes muss mit der Geburt des Kindes beginnen und bis zum Eintritt in die Berufsausbildung reichen. Neben kostenfreier Kinderbetreuung für alle Altersgruppen muss in Kitas und Schulen ein kostenloses Mittagessen angeboten und die Ganztagschulen ausgebaut werden. Durch einen Ausbau des



Netzes von Familienzentren kann zudem die nachbarschaftliche Unterstützung für Familien verbessert und die Hürden, entsprechende Angebote anzunehmen, gesenkt werden. Wer will, dass alle Kinder einen guten Start ins Leben haben, dass sie Teilhabe erfahren und sich in dieser Gesellschaft sicher aufgehoben fühlen können, der darf sich nicht länger unter einem Flickenteppich befristeter Projekte verstecken. Der Aufbau von kommunalen Präventionsketten muss flächendeckend umgesetzt und finanziert werden.

Antwort FDP:

Die Fragen 5 bis 7 werden gemeinsam beantwortet:

Die Einführung der Kindergrundsicherung ist für uns Freie Demokraten ein wichtiger Schritt im Kampf gegen Kinderarmut in Deutschland, insbesondere vor dem Hintergrund, dass fast jedes vierte Kind von Armut oder entschlossenem Handeln dringend notwendig. Die Kindergrundsicherung soll ab 2025 bestehende Leistungen für Familien zusammenfassen und damit bürokratische Hürden reduzieren. Sie besteht aus einem einkommensunabhängigen Garantiebetrag und einem nach Alter gestaffelten Zusatzbetrag, der vom Einkommen der Eltern abhängt. Damit sollen alle Kinder und Jugendlichen, unabhängig von ihrer familiären Situation, von der Kindergrundsicherung profitieren können. Die finanzielle Einigung über 2,4 Milliarden Euro zur Zusammenführung der Leistungen und Verwaltungskosten ist ein wichtiger Schritt für die finanzielle Nachhaltigkeit der Kindergrundsicherung.

Es ist jedoch zu beachten, dass wir derzeit über die Bundesebene in Verhandlung stehen und daher keine abschließenden Aussagen über mögliche Erhöhungen der Leistungen vortragen können. Wir Freie Demokraten betonen jedoch die Bedeutung von Anreizen zur Aufnahme von Erwerbsarbeit und wirtschaftlicher Unabhängigkeit von Familien, um sicherzustellen, dass die Kindergrundsicherung Familien ermutigt, auf eigenen Beinen zu stehen. Die geplante Online-Beantragung und der "Kindergrundsicherungs-Check" sind positive Schritte zur Verbesserung der Transparenz und des Zugangs zu den Leistungen. Wir sind zuversichtlich, dass wir bald eine Einigung erzielen werden, damit die Kindergrundsicherung wie geplant im Januar 2025 starten kann. Dies wird dazu beitragen, die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland nachhaltig zu verbessern.

Es braucht separate und angemessene Unterkünfte und Einrichtungen für Familien und alleinstehende Erwachsene bereitzustellen. Die Rechte von Kindern auf familiäre Einheit und elterliche Sorge sind in internationalen Menschenrechtsabkommen und Kinderrechtskonventionen geschützt. Es ist entscheidend, dass Kinder, einschließlich derjenigen in Einrichtungen für geflüchtete Menschen, in einer familiären Umgebung aufwachsen können. Die Sicherheit und das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen sollten jedoch weiterhin gewährleistet werden, und die Einrichtungen sollten Maßnahmen ergreifen, um



sicherzustellen, dass Kinder und Jugendliche in einer sicheren und unterstützenden Umgebung leben können, sei es mit ihren Eltern oder anderen geeigneten Pflegepersonen. Es ist wichtig, die Familienzusammenführung zu unterstützen und sicherzustellen, dass Kinder und Jugendliche in der Obhut ihrer Eltern oder anderer geeigneter Pflegepersonen bleiben können, sofern dies im besten Interesse des Kindes liegt. Darüber hinaus ist es entscheidend sicherzustellen, dass Kinder und Jugendliche angemessene medizinische Versorgung und psychologische Unterstützung erhalten, um ihre physische und emotionale Gesundheit zu gewährleisten. Außerdem sollten Maßnahmen ergriffen werden, um Kinder und Jugendliche vor Gewalt, Missbrauch und Ausbeutung zu schützen. Dazu gehören Schulungen für Mitarbeiter und die Implementierung von Schutzmechanismen. Um anzuschließen sollte nicht zuletzt sichergestellt werden, dass entsprechende Bildungsprogramme an die Bedürfnisse dieser Kinder und Jugendliche angepasst werden, damit Kinder und Jugendliche Zugang zu formaler und informeller Bildung Zugang haben und ihre Entwicklung gefördert wird.

Um Kinder und Jugendliche vor Gewalt zu schützen, sind verschiedene Ansätze gefordert: Eine wichtige Ressource ist die Sensibilisierung der Öffentlichkeit und von Fachkräften für das Problem der Gewalt gegen Kinder und Jugendliche. Aufklärungskampagnen und Schulungen können dazu beitragen, Menschen besser für die Anzeichen von Gewalt zu sensibilisieren. Weitergehend gilt es frühzeitig zu intervenieren und präventiv zu arbeiten. Hierzu gehören Schulungen für Lehrer, Erzieher und Gesundheitspersonal, um Anzeichen von Gewalt bei Kindern und Jugendlichen zu erkennen. Frühe Hilfeangebote und Beratungsstellen können in diesem Kontext eine wichtige Rolle spielen.

Darüber hinaus gilt es sicherzustellen, dass Opfer von Gewalt angemessene Unterstützung und Hilfe erhalten. Dazu gehören therapeutische Unterstützung, psychologische Betreuung und rechtliche Hilfe. Grundsätzlich schätzen wir Freie Demokraten genderdifferenzierte Ansätze. Wir erkennen an, dass Mädchen und Jungen möglicherweise unterschiedliche Formen der Gewalt erleben und unterschiedliche Bedürfnisse haben. Daher ist es wichtig, genderdifferenzierte Ansätze zu verfolgen. Dies erfordert eine gezielte Analyse und die Entwicklung von Programmen und Diensten, die auf die spezifischen Bedürfnisse beider Geschlechter eingehen. Um Opfern von Gewalt eine schnelle und effektive Unterstützung zu bieten, befürworten wir leicht zugängliche Beratungsstellen und den Ausbau von Notfallnummern.



Antwort DIE LINKE:

Wir bedauern, dass der Landessozialbericht erst am Ende der Legislatur veröffentlicht wird und fordern konkrete Maßnahmen am Anfang der neuen Legislatur.

Für die Kinder und Jugendlichen müssen in allen Kommunen Hessens Strukturen entwickelt werden, die einen gleichberechtigten Zugang und ein armutsfreies Aufwachsen ermöglichen. Wir müssen sicherstellen, dass die Präventionsketten mit allen vorhandenen Angeboten gut verbunden sind und auf Alters- und Lebensphasen abgestimmt werden. Bei Übergängen (z.B. von der Kita in die Schule) sollen keine Lücken entstehen.

Die von der Bundesregierung verabschiedeten 2,4 Milliarden EUR für die Kindergrundsicherung reichen nicht aus, um die Armutproblematik nachhaltig zu bekämpfen. Kurzfristig fordern wir auf Landesebene ein kostenloses Schülerticket unabhängig von Wohnort und Altersgruppe.

Die Präventionsketten als soziale Struktur in den Kommunen, spielen eine wichtige Rolle. Die Träger müssen daher erhalten und mit ausreichender Finanzierung ausgestattet werden.

Frage 6:

Während der Pandemie ist es zu mehr Gewalt gegen Kinder und Jugendliche gekommen. Das Dunkelfeld ist sehr groß. Viele Mädchen und Jungen müssen Gewalt erfahren, ohne dass ihr Leid bekannt und aufgearbeitet wird. Welche Ressourcen werden Sie einsetzen, um Gewalt – einschl. sexueller Gewalt - genderdifferenziert zu verhindern und die Folgen abzumildern?

Antwort CDU:

Wir als CDU Hessen sprechen uns klar gegen jede Form von Gewalt, insbesondere an Kindern und Jugendlichen, aus. Die Istanbul-Konvention ist für uns daher die wichtigste Richtschnur für unser politisches Handeln zur Bekämpfung von Gewalt.



Dabei sehen wir den Kinderschutz als eine dauerhafte, gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die für uns höchste Priorität hat. Die Entwicklung des Landesaktionsplans gegen häusliche Gewalt und auch der Landesaktionsplan zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt waren wichtige Schritte in Hessen im Kampf gegen Gewalt an Kindern, Jugendlichen und Frauen, den wir als CDU Hessen vorangetrieben haben.

Diesen Prozess setzen wir stetig fort. So wurde erst im Dezember 2022 der dritte Hessische Landesaktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt im häuslichen Bereich veröffentlicht. Mit dem überarbeiteten Landesaktionsplan sollen die bestehenden Maßnahmen weiter gestärkt und Lücken, insbesondere im Hinblick auf besonders schutzbedürftige Gruppen, entsprechend den Anforderungen der Istanbul-Konvention geschlossen werden.

Wir werden dafür Sorge tragen, dass diese Maßnahmen verstetigt, erkennbare weitere Bedarfe gedeckt und Planungsgrundlagen für den Ausbau der angestrebten flächendeckenden Versorgung geschaffen werden. Dazu haben wir u. a. im Landeshaushalt 2022 Mittel für die Einrichtung einer Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Istanbul Konvention bereitgestellt. Ziel ist es, bereits bestehende Maßnahmen im Hinblick auf die Anforderungen der Istanbul-Konvention zu analysieren, weiterzuentwickeln und zu ergänzen.

Auch der Landesaktionsplan zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexualisierter Gewalt wurde erst vor kurzem von einem Expertengremium novelliert und veröffentlicht. Mit diesem liegen umfassende Handlungs- und Maßnahmenempfehlungen vor, die wir als CDU in der neuen Legislaturperiode als Leitlinie unseres Handelns sehen, um Kinder und Jugendliche vor (sexueller) Gewalt zu schützen. Auch die CDU-Fraktion im Hessischen Landtag hat erst im September 2022 ein eigenes Kinderschutzpapier veröffentlicht, welches unter folgendem Link einzusehen ist: <https://www.cdu-fraktion-hessen.de/fraktion/publikationen/kinderschutzpapier/>

Für uns ist klar: Prävention steht vor Intervention. Frühzeitige, präventive Maßnahmen können gefährliche Entwicklungen ggf. verhindern und Leid vermeiden. Oft entstehen Probleme durch Überforderung der Eltern. Daher wollen wir Eltern unterstützen.

Ziel der präventiven Jugendarbeit ist immer, Kindererziehung im familiären Kreis zu gewährleisten. Dies denken wir aber vom Kind her. Wo Eltern das Kindeswohl aktiv gefährden, steht für uns der Schutz des Kindes im Mittelpunkt. Hier müssen Jugendämter entschlossen eingreifen. Zur Stärkung der Jugendämter werden wir dort Kinderschutzkoordinatoren ansiedeln, die gemeinsam mit Mitarbeitern des Sozialen Dienstes fundierte Gefährdungseinschätzungen und die daraus resultierenden notwendigen Maßnahmen umsetzen können.



Zudem halten wir eine Pflicht zur Meldung von Verdachtsfällen der Kindesmisshandlung oder Kindesvernachlässigung in allen Institutionen (v.a. auch in den Schulen), in denen mit Kindern gearbeitet wird, für notwendig. Personen, die mit Kindern arbeiten, werden wir einen Leitfaden an die Hand geben, um den Umgang mit begründeten Verdachtsfällen zu optimieren.

Auch die erfolgreiche Arbeit der hessischen Kinderschutzambulanzen werden wir weiter unterstützen und ausbauen. Darüber hinaus werden wir das Konzept der Childhood-Häuser weiter forcieren und die wertvolle Arbeit in Hessen gemeinsam mit der Childhood Foundation stärken.

Zentral wird auch die Schaffung eines interdisziplinären Kompetenzzentrum Kinderschutz sein, das der Qualifizierung von Familienrichtern, Sozialarbeitern, Medizinerinnen und anderem Fachpersonal dient und gleichzeitig auch Ort der Forschung zum Thema Kinderschutz ist.

Besondere Gefahren für Kinder gehen aus der unkontrollierten Nutzung des Internets hervor. Kriminelle versuchen oftmals, gezielt Minderjährige im Netz anzusprechen, mit dem Ziel, sexuelle Kontakte anzubahnen. Diesem sogenannten „Cybergrooming“ werden wir durch verstärkte Präventionsarbeit und intensiver Vermittlung von Medienkompetenzen begegnen. Und: Gerade im Hinblick auf die Bekämpfung von Kindesmissbrauch und die Verbreitung von Kinderpornographie werden wir uns auf allen Ebenen für eine Vorratsdatenspeicherung einsetzen, um Tätern im Internet endlich das Handwerk legen zu können. Wir stellen Kinderschutz vor Datenschutz!

Klar ist: Wir als CDU Hessen stehen für eine schnelle und konsequente Strafverfolgung der Täter. Je effektiver Täter, die Gewalt im häuslichen Bereich anwenden, ermittelt und konsequent bestraft werden, desto effektiver gelingt der Schutz der Opfer. Wir haben daher die personellen, sachlichen und rechtlichen Ressourcen in diesen Bereichen der Polizei und der Justiz zu einem politischen Schwerpunktthema gemacht und dank einer guten Ausstattung u.a. für die höchste Aufklärungsquote aller Zeiten gesorgt.

Speziell im Bereich Kinderschutz ist hier die BAO Fokus zu nennen, die inzwischen über 300 Beamte umfasst. Diese spezielle Einheit bündelt und intensiviert die polizeilichen Maßnahmen gegen Kindesmissbrauch und Kinderpornographie. Unter Ausschöpfung aller taktischen und rechtlichen Mittel und Ressourcen wird der Druck auf die Täterinnen und Täter maßgeblich erhöht. So kann die Hessische Polizei im Bereich der Kinder- und Jugendpornografie eine Aufklärungsquote von rund 96,1 Prozent aufweisen. Neben repressiven Maßnahmen gegen die Täter spielen präventive und die Opfer schützende Angebote eine zentrale Rolle. Wir haben zahlreiche Maßnahmen umgesetzt, um ein umfassendes Gewaltschutznetzwerk aufzubauen. Das in Hessen flächendeckende Netz von Beratungs- und Hilfsangeboten werden wir weiterhin gewährleisten. Zudem werden wir den Opferschutz und die Arbeit der Opferhilfevereine und –strukturen noch stärker



unterstützen. Wir wollen die Strukturen und Standards beim Opferschutz weiter verbessern. Dazu gehört auch die Begleitung von Zeugen und eine kindgerechte Gestaltung von Gerichtsverfahren.

Antwort BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Wir wollen den hessischen Aktionsplan zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt ebenso konsequent umsetzen wie die UN-Kinderrechtskonvention. Dabei geht es zum einen darum, alle in der Gesellschaft – insbesondere in den Bereichen Schule, Sport und Vereinen – für diese Themen zu sensibilisieren. Zum anderen braucht es weitere Präventions- und Hilfsangebote, wie Beratungsstellen gegen sexualisierte Gewalt oder das Childhood-Haus. Wir wollen medizinische Kinderschutzambulanzen in Hessen ausbauen und uns für eine sichere Finanzierung einsetzen.

Frauen und Kinder sind besonders oft Opfer häuslicher und sexualisierter Gewalt. Daher werden wir die Istanbul-Konvention weiterhin konsequent umsetzen. Wir arbeiten kontinuierlich daran, die Gewaltprävention weiter zu verbessern und Frauen und Kinder zu schützen. Durch unsere Regierungsbeteiligung wurden so viele Mittel für die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen zur Verfügung gestellt wie noch nie. Gerade der Doppelhaushalt für das Jahr 2023/24 spricht eine deutliche Sprache. Wir haben die Mittel erneut aufgestockt, um das Hilfesystem in Hessen weiter zu stärken. Darunter fallen Förderungen des Frauenschutzsystems und des Kinderschutzes, sowie Unterstützung für Einrichtungen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt.

Darüber hinaus wollen wir die Anzahl der Plätze in hessischen Frauenhäusern den Empfehlungen der Istanbul-Konvention folgend ausbauen. Wir wollen ein Sofortprogramm für 300 zusätzliche Familienplätze in Schutzunterkünften und Übergangswohnungen einrichten.

Wir werden weiterhin für die unterschiedlichen Erscheinungsformen von Gewalt gegen Frauen und Kinder sensibilisieren sowie Frauenrechte und Gleichberechtigung im Bewusstsein verankern. Außerdem wollen wir die Präventionsarbeit gegen Frauen-, Homo- und Transfeindlichkeit und das 2-Regionen-Modell „Hessen gegen Ehrgehalt“ weiter stärken. Die Aktionspläne der Landesregierung möchten wir diesbezüglich weiter entwickeln.



Antwort SPD:

Kinder und Jugendliche müssen besser geschützt werden. Die Zahl der Kinder, die körperlicher und seelischer Gewalt ausgesetzt sind, steigt. Der Kinderschutz muss flächendeckend ausgebaut und die Fachberatungs- sowie Präventionsangebote auskömmlich finanziert werden. Neue Herausforderungen im digitalen Raum erfordern neue Antworten und passende Angebote. Durch eine Landeskoordinierungsstelle soll der Kinderschutz langfristig auf allen Ebenen miteinander koordiniert und vernetzt werden. Den Landesaktionsplan zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexualisierter Gewalt werden wir konsequent umsetzen. Besondere Anstrengungen werden wir auch bei der Bekämpfung von „Kinderpornografie“ durch die Polizei und Justiz unternehmen. Der Herstellung solcher fotorealistischen Darstellungen liegen oftmals schwerer sexueller Missbrauch zugrunde. Die globale Verbreitung und Verfügbarkeit macht die betroffenen Kinder und Jugendlichen dauerhaft zu Opfern. Auch sie müssen sich auf flächendeckende Hilfsstrukturen verlassen können.

Die Therapieplätze für Kinder und Jugendliche bei Psycholog*innen sowie die Therapiekonzepte müssen ausgeweitet werden. Besonderer Bedarf besteht bei der Aufarbeitung der Auswirkungen der Corona-Pandemie, bei Traumatherapieplätzen für geflüchteten Kinder sowie für Betroffene sexuellen Kindesmissbrauchs. Wir werden dazu mit entsprechenden Kammern in Verhandlung treten. Wir fördern Vereine, die sich Kinderschutzkonzepte erarbeiten wollen. Dazu bedarf es finanzieller Mittel und fachlicher Unterstützung bei der Schutzkonzeptentwicklung.

Antwort FDP:

Siehe Frage 5.

Antwort DIE LINKE:

Dieses Thema ist sehr komplex und multifaktoriell. Ein wichtiger Punkt ist, Schutz anbieten zu können und daher fordern wir, dass Frauenhäuser ausgebaut werden.



Die Präventionsarbeit kann in den Schulen erfolgen, die gleichzeitig Anlaufstellen für betroffene Kinder sein können. Vertrauenslehrer*innen und Schulpsycholog*innen spielen eine wichtige Rolle. Wir fordern daher, dass die Schulen als Schutzraum die erforderliche Unterstützung für die Kinder in Abstimmung mit den Jugendämtern bieten.

Frage 7:

Welche Maßnahmen planen sie, um die Rechte von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen für geflüchtete Menschen angemessen zu schützen?

Antwort CDU:

Hilfe für Menschen in Not ist uns ein zentrales Anliegen, das sich aus unserem christlichen Menschenbild ableitet. Angesichts globaler Krisen stellen wir uns unserer Verantwortung und humanitären Verpflichtung, Vertriebene und Schutzsuchende aufzunehmen. Das gilt im besonderen Maße für schutzsuchende Kinder.

Selbstverständlich werden die Rechte von Kindern und Jugendlichen auch in den hessischen Erstaufnahmeeinrichtungen gewahrt. Die CDU-geführte Landesregierung hat ein Schutzkonzept in jeder Erstaufnahmeeinrichtung implementiert. So werden Kindern und Jugendlichen in den Hessischen Erstaufnahmeeinrichtungen unter anderem besondere Räume zur Verfügung gestellt in denen sie sich altersgerecht beschäftigen, spielen, kreativ sein und andere Kinder treffen können. So sollen sie die Möglichkeit erhalten das Erlebte zu verarbeiten. Zur Umsetzung dieser Zielsetzung werden kinderfreundliche Orte vorgehalten.

Darüber hinaus gibt es in den Einrichtungen feste Ansprechpartnerinnen bzw. Ansprechpartner, an die sich Kinder und Jugendliche auch bei familiären Problemen wenden können.

Um individuelle Schutzbedarfe berücksichtigen zu können, verfügt die Erstaufnahmeeinrichtung über Unterbringungsmöglichkeiten, die in einem separierten Bereich vorgehalten werden. So gibt es separierte Unterbringung für Frauen mit und ohne Kinder oder auch Familien. Um ganzheitlich Sicherheit zu gewährleisten, haben männliche Bewohner zu diesen Bereichen keinen Zugang.



Antwort BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Hessen soll ein sicherer Hafen für Menschen sein, die aus ihrer Heimat fliehen mussten. Wir wollen sie dabei unterstützen, sich in unserem Land eine sichere Existenz aufzubauen. Mit den Aktionsplänen zur Integration von Geflüchteten und dem Landesaufnahmeprogramm für Menschen aus Afghanistan haben wir gezeigt, dass wir in Hessen mehr tun wollen als nur unserer Verantwortung im Rahmen der bundesweiten Verteilung von Geflüchteten gerecht zu werden. Diesen Weg werden wir fortsetzen. Wir setzen auf eine gute Erstversorgung und -betreuung in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes und anschließend auf eine möglichst schnelle dezentrale Unterbringung und Unterstützung für die zu uns geflohenen Menschen – dies ist insbesondere für Kinder und Jugendliche von besonderer Bedeutung. Die unabhängigen Beratungsstrukturen und die psychosozialen Zentren für Geflüchtete wollen wir stärken.

Antwort SPD:

Menschen, die zu uns flüchten, verdienen unseren Schutz. Wir werden dafür sorgen, dass Geflüchtete in Hessen so schnell wie möglich auf eigenen Füßen stehen können. Die Menschen sollen Erstaufnahmeeinrichtung und Gemeinschaftsunterkünfte schnellstmöglich verlassen und in eigenen Wohnungen leben können. Kinder in Erstaufnahmeeinrichtungen müssen unmittelbar beschult werden, Betreuungsplätze an Kitas bereitgestellt werden. Dafür werden wir Migrationsberatung ausweiten und bedarfsgerecht ausstatten. Wir werden dafür sorgen, dass begleitend zu Sprach- und Integrationskursen eine Kinderbetreuung angeboten wird. Wir werden uns dafür einsetzen, dass internationale Berufs- und Studienabschlüsse schneller anerkannt werden. Wir werden psychotherapeutische Angebote für geflüchtete Kinder und Erwachsene ausweiten.

Für Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünfte wollen wir landesweit verbindliche Mindest- und Gewaltschutzstandards einführen. Dazu gehören z. B. abschließbare Schlafräume. Außerdem werden wir die Psychosozialen Zentren besser ausstatten und ein weiteres in Osthessen einrichten, um die Versorgungslücke dort zu schließen.



Antwort FDP:

Siehe Frage 5.

Antwort DIE LINKE:

Gemeinschaftsunterkunft ist eine kommunale Aufgabe. Einrichtungen der Erstaufnahmen müssen nur für kurze Zeit dienen, nicht über Monate hinweg. Die Kinder leben auf sehr engem Raum. Möglichkeiten für Spielen, Schule und psychosoziale Betreuung müssen vorhanden sein.

Eine bessere Versorgung der Infrastruktur steht im Zusammenhang mit dem Bau von Sozialwohnungen in den Kommunen. Kurzfristige Lösungen, wie die temporäre Nutzung von leerem Wohnungsstand durch Flüchtlinge in Bremen, können schnell für betroffene Familien umgesetzt werden.

Wichtige Integrationsmaßnahmen für den Besuch von Schulen, Ausbildungs- oder Sprachkursen können länderübergreifend stattfinden.